

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung und des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Königlichen Erlasses Nr. 474 vom 28. Oktober 1986 zur Einführung einer Regelung für vom Staat bezuschusstes Vertragspersonal bei bestimmten lokalen Behörden, Artikel 4 §2;

Aufgrund des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, Artikel 3 Absatz 2 Nummern 1 und 2, Artikel 4 Absatz 3, Artikel 5 Absatz 2 Nummer 2, Artikel 6 Absatz 2, Artikel 7 Absatz 2, Artikel 8 Absatz 3 Nummer 3, Artikel 11 §4, Artikel 14 §3, Artikel 16, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, Artikel 21 §4 Nummer 2 und Artikel 26 §4 Nummer 2;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung;

Aufgrund des Protokolls Nr. S3/2020 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. Juni 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom ***;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom ***;

Aufgrund des Gutachtens Nr. *** des Staatsrates, das am *** in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird wie folgt ersetzt:

„Art. 2 – Nichtbeschäftigten Arbeitssuchenden gleichzusetzende Personen

Einem nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden im Sinne von Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets sind folgende Personen gleichzusetzen:

1. die ehemaligen nichtbeschäftigten Grenzgänger im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlamentes und Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit gleichzusetzen, insofern sie:

- a) beim Arbeitsamt als arbeitsuchend eingetragen sind;
- b) nicht der Schulpflicht unterliegen;
- c) nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben;

2. Personen, die im Rahmen der in Artikel 60 §7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren erwähnten Maßnahme beschäftigt sind, insofern sie:

- a) ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;
- b) nicht der Schulpflicht unterliegen;
- c) nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben;

3. Personen, die Anrecht auf die in Artikel 14 des Königlichen Erlasses vom 16. Mai 2003 zur Ausführung von Titel IV Kapitel 7 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002 in Bezug auf die Harmonisierung und Vereinfachung der Regelungen in Sachen Senkungen der Sozialversicherungsbeiträge erwähnte Zielgruppenermäßigung hatten, mit Ausnahme der Arbeitnehmer, die in den Anwendungsbereich von Artikel 14 §1 Nummer 3, §2 Nummer 3 und §3 Nummer 3 desselben Erlasses fallen, insofern sie :

- a) ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;
- b) nicht der Schulpflicht unterliegen;
- c) nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben;
- d) das Ende der Regelförderdauer der vorerwähnten Zielgruppenermäßigung erreicht haben.“

Art. 2 – Artikel 3 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. der Unterbrechungszeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt, insofern die Gesamtdauer dieses Unterbrechungszeitraums nicht mehr als 30 Tage beträgt;“

2. in Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge „oder über die Mutterschaftsversicherung, der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt“ ersetzt durch die Wortfolge „, sowie der innerhalb eines Zeitraums der Eintragung beim Arbeitsamt liegende Zeitraum des Bezugs einer Entschädigung in Anwendung der gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Bestimmungen über die Mutterschaftsversicherung“;

3. in Absatz 1 Nummer 6 wird die Wortfolge „, der in einem Zeitraum der Eintragung beim Arbeitsamt liegt“ gestrichen.

Art. 3 – In denselben Erlass wird folgender Artikel 5.1 eingefügt:

„Art. 5.1 – Beschäftigungsformen

Die in Artikel 16 des Dekrets erwähnten Beschäftigungsformen sind:

1. die in Titel VII des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge erwähnten Studentenverträge;

2. die in Artikel 17 §1 des Königlichen Erlasses vom 28. November 1969 zur Ausführung des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer erwähnten Beschäftigungsformen;

3. eine Beschäftigung als Arbeitnehmer im Sinne von Artikel 31ter des Königlichen Erlasses vom 28. November 1969 zur Ausführung des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer.“

Art. 4 – In Artikel 6 §3 desselben Erlasses wird die Wortfolge „2 Monate“ ersetzt durch die Wortfolge „70 Tage“.

Art. 5 – Artikel 9 Absatz 1 Nummer 1 desselben Erlass wird wie folgt ersetzt:

„1. ist der nichtbeschäftigte Arbeitsuchende in einer Beschäftigungszelle gemäß Kapitel 4 des Königlichen Erlasses vom 9. März 2006 über die Aktivierungspolitik bei Umstrukturierungen eingetragen oder im Besitz der in Artikel 15/1 desselben Erlasses erwähnten Ermäßigungskarte für Umstrukturierungen;“.

Art. 6 – Artikel 11 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 wird die Wortfolge „oder eines Diploms, das ein niedrigeres Sprachniveau bescheinigt“ ersetzt durch die Wortfolge „, eines Zertifikats oder Diploms, die ein niedrigeres Sprachniveau bescheinigen“;

2. folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Unter dem in Absatz 1 erwähnten Diplom sind ebenfalls Abschlusszeugnisse des Primarschulwesens sowie alle höherwertigen Abschlusszeugnisse zu verstehen.“

Art. 7 – In Artikel 15 Absatz 1 Nummer 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge „, der eine Klausel enthält, die den AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten darüber aufklärt, dass die Kündigungsfrist gemäß Artikel 37/5 des vorerwähnten Gesetzes vom 3. Juli 1978 sieben Tage beträgt“ gestrichen.

Art. 8 – In Artikel 22 desselben Erlasses wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Erreicht der Betrag in Anwendung von Absatz 1 den Bruchteil eines Euros, wird dieser Bruchteil eines Euros zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.“

Art. 9 – In Kapitel 3 Abschnitt 4 desselben Erlasses wird folgender Artikel 22.1 eingefügt:

„Art. 22.1 – Juristische Umgestaltung des Arbeitgebers

Der genehmigte Zuschuss für die Beschäftigung eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten kann für die Weiterbeschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten im Falle einer Fusion, einer Aufspaltung oder einer anderen juristischen Umgestaltung des Arbeitgebers übernommen werden.

Die im vorliegenden Artikel beschriebene Situation gilt nicht als Neueinstellung.“

Art. 10 – In Artikel 34 desselben Erlasses wird zwischen die Absätze 3 und 4 folgender Absatz 4 eingefügt:

„Die in Absatz 1 erwähnte Weiterbeschäftigung ist ebenfalls möglich im Falle einer Fusion, einer Aufspaltung oder einer anderen juristischen Umgestaltung des Arbeitgebers.“

Art. 11 – In Kapitel 4 Abschnitt 2 Unterabschnitt 5 desselben Erlasses wird folgender Artikel 47.1 eingefügt:

„Art. 47.1 – Juristische Umgestaltung des Arbeitgebers

Der genehmigte Zuschuss für die Beschäftigung eines AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten kann für die Weiterbeschäftigung des AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten im Falle einer Fusion, einer Aufspaltung oder einer anderen juristischen Umgestaltung des Arbeitgebers übernommen werden.

Die im vorliegenden Artikel beschriebene Situation gilt nicht als Neueinstellung.“

Art. 12 – In Artikel 4 §3 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die bezuschussten Vertragsbediensteten, die in Containerparks beschäftigt werden, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. September 2017, werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Absätze 2 – 4 ersetzt:

„Der Minister kann die Zuschüsse zum 1. Januar eines jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel anpassen, indem der Indexstand des Monats März des vorhergehenden Kalenderjahres durch den Indexstand des Monats März des vorletzten Kalenderjahres geteilt wird und mit dem zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Zuschuss multipliziert wird.

Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Gesundheitsindex, wie er durch Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Wahrung der Konkurrenzfähigkeit des Landes eingeführt wurde.

Erreicht der Betrag in Anwendung von Absatz 1 den Bruchteil eines Euros, wird dieser Bruchteil eines Euros zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.“

Art. 13 – Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 14 – Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

Isabelle
Weykmans

Digital unterschrieben
von Isabelle Weykmans
Datum: 2020.07.06
12:23:52 +02'00'

I. WEYKMANS

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi et l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu l'arrêté royal n° 474 du 28 octobre 1986 portant création d'un régime de contractuels subventionnés par l'État auprès de certains pouvoirs locaux, l'article 4, § 2;

Vu le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, l'article 3, alinéa 2, 1° et 2°, l'article 4, alinéa 3, l'article 5, alinéa 2, 2°, l'article 6, alinéa 2, l'article 7, alinéa 2, l'article 8, alinéa 3, 3°, l'article 11, § 4, l', article 14, § 3, l'article 16, modifié par le décret du 12 décembre 2019, l'article 21, § 4, 2°, et l'article 26, § 4, 2°;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parc à conteneurs;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi;

Vu le protocole n° S5/2020 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone du 19 juin 2020;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le ***;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le ;

Vu l'avis du Conseil d'État, donné , en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} - L'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi est remplacé par ce qui suit :

« Art. 2 - Personnes assimilées à des demandeurs d'emploi inoccupés

Sont assimilés à des demandeurs d'emploi inoccupés au sens de l'article 3, 3°, du décret :

1° les anciens frontaliers, inoccupés, au sens du règlement (CE) n° 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale s'ils :

a) sont inscrits comme demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'emploi;

b) ne sont pas soumis à l'obligation scolaire;

c) n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite;

2° les personnes occupées dans le cadre de la mesure mentionnée à l'article 60, § 7, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale si elles :

a) ont leur domicile en région de langue allemande;

b) ne sont pas soumises à l'obligation scolaire;

c) n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite;

3° les personnes qui avaient droit à la réduction pour groupe cible mentionnée à l'article 14 de l'arrêté royal du 16 mai 2003 pris en exécution du Chapitre 7 du Titre IV de la loi-programme du 24 décembre 2002 (I), visant à harmoniser et à simplifier les régimes de réductions de cotisations de sécurité sociale, à l'exception des travailleurs auxquels s'applique l'article 14, § 1^{er}, 3°, § 2, 3°, et § 3, 3°, du même arrêté si elles :

a) ont leur domicile en région de langue allemande;

b) ne sont pas soumises à l'obligation scolaire;

c) n'ont pas atteint l'âge légal de la retraite;

d) ont atteint le terme de la durée régulière de soutien en ce qui concerne la réduction pour groupe cible susmentionnée. »

Art. 2 - À l'article 3 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° la période d'interruption de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi, si sa durée totale n'est pas supérieure à trente jours; »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« la période qui a donné lieu au paiement d'une indemnité en application des dispositions légales et réglementaires en matière d'assurance obligatoire contre la maladie et l'invalidité, ainsi que celle située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi et qui a donné lieu au paiement d'une indemnité en application des dispositions légales et réglementaires en matière d'assurance-maternité; »;

3° dans l'alinéa 1^{er}, 6°, les mots « située dans une période d'inscription auprès de l'Office de l'emploi » sont abrogés.

Art. 3 - Dans le même arrêté, il est inséré un article 5.1 rédigé comme suit :

« *Art. 5.1 – Types d'occupation*

Les types d'occupation visés à l'article 16 du décret sont :

1° les contrats d'occupation d'étudiants mentionnés au titre VII de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail;

2° les types d'occupation mentionnés à l'article 17, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 28 novembre 1969 pris en exécution de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs;

3° une occupation comme travailleur au sens de l'article 31^{ter} de l'arrêté royal du 28 novembre 1969 pris en exécution de la loi du 27 juin 1969 révisant l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs. »

Art. 4 - Dans l'article 6, § 3, du même arrêté, les mots « deux mois » sont remplacés par les mots « septante jours ».

Art. 5 – Dans l'article 9, alinéa 1^{er}, du même arrêté, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° le demandeur d'emploi inoccupé est inscrit auprès d'une cellule pour l'emploi conformément au chapitre 4 de l'arrêté royal du 9 mars 2006 relatif à la gestion active des restructurations ou en possession de la « carte de réduction restructurations » mentionnée à l'article 15/1 du même arrêté; »..

Art. 6 - À l'article 11 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « ou d'un diplôme » sont remplacés par les mots « , d'un certificat ou diplôme »;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par diplôme au sens de l'alinéa 1^{er}, il faut aussi entendre les certificats de l'enseignement primaire ainsi que tous les certificats d'un niveau plus élevé. »

Art. 7 - Dans l'article 15, alinéa 1^{er}, 3°, du même arrêté, les mots « , contenant une clause informant ledit bénéficiaire que la période de préavis est de sept jours conformément à l'article 37/5 de la loi du 3 juillet 1978 susmentionnée » sont abrogés.

Art. 8 - L'article 22 du même arrêté est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le montant obtenu en application de l'alinéa 1^{er} se termine par une fraction d'euro, il est arrondi à l'euro supérieur ou inférieur selon que cette fraction atteint ou non 0,5. »

Art. 9 – Dans le chapitre 3, section 4, du même arrêté, il est inséré un article 22.1 rédigé comme suit :

Art. 22.1 - Transformation juridique de l'employeur

En cas de fusion, de scission ou de toute autre transformation juridique de l'employeur, la subvention approuvée pour l'occupation d'un bénéficiaire d'une mesure AktiF ou AktiF PLUS peut être reprise pour le maintenir en service.

La situation décrite dans le présent article ne constitue pas un nouvel engagement. »

Art. 10 – Dans l'article 34 du même arrêté, il est inséré, entre l'alinéa 3 et l'alinéa 4, un alinéa rédigé comme suit :

« Le maintien en service mentionné au premier alinéa est également possible en cas de fusion, de scission ou de toute autre transformation juridique de l'employeur. »

Art. 11 – Dans le chapitre 4, section 2, sous-section 5, du même arrêté, il est inséré un article 47.1 rédigé comme suit :

Art. 47.1 - Transformation juridique de l'employeur

En cas de fusion, de scission ou de toute autre transformation juridique de l'employeur, la subvention approuvée pour l'occupation d'un bénéficiaire d'une mesure AktiF ou AktiF PLUS peut être reprise pour le maintenir en service.

La situation décrite dans le présent article ne constitue pas un nouvel engagement. »

Art. 12 – Dans l'article 4, § 3, de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif aux agents contractuels subventionnés affectés à l'exploitation des parcs à conteneurs, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2017, les alinéas 2 et 3 sont remplacés par les alinéas 2 à 4 rédigés comme suit :

« Le Ministre peut, au 1^{er} janvier de chaque année, adapter les subventions dans la limite des moyens financiers disponibles, en divisant l'indice du mois de mars de l'année calendrier précédente par l'indice du mois de mars de l'avant-dernière année calendrier et en le multipliant par la subvention valable au moment de l'indexation.

L'indice-santé tel qu'établi par l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays sert de base pour comparer les indices.

Si le montant obtenu en application de l'alinéa 1^{er} se termine par une fraction d'euro, il est arrondi à l'euro supérieur ou inférieur selon que cette fraction atteint ou non 0,5. »

Art. 13 - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 14 – Le Ministre de l'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS